

Eine kooperative Lösung für Europa

Veröffentlicht am 9. September 2011

Der Verlauf der Krise lässt sich einfach zusammenfassen: Der Kapitalismus hat sich während der zwei Jahrzehnte vor der Krise reproduziert, indem er einen Berg von Schulden angehäuft hat. Um den Zusammenbruch des Systems zu verhindern, haben die Staaten die meisten privaten Schulden übernommen, die jetzt zu öffentlichen wurden. Von nun an ist ihr Ziel, den Bürgern die Rechnung zu präsentieren in Form von Haushaltskürzungen, von den ungerechtesten Steuererhöhungen und dem Einfrieren der Löhne. Insgesamt muss der Großteil der Bevölkerung (Arbeitende und Rentner) die fiktiven Profite sichern, die während vieler Jahre angehäuft wurden.

Der Wurm war in der Frucht. Einen ökonomischen Raum mit einer Einheitswährung, jedoch ohne gemeinsamen Haushalt schaffen zu wollen, war kein kohärentes Projekt. Eine unvollkommene Währungseinheit wird zu einer Maschine, die Heterogenität und Auseinanderentwicklung produziert. Die Länder mit einer überdurchschnittlichen Inflationsrate verlieren an Wettbewerbsfähigkeit und sind geneigt, ihr Wachstum auf einer Überschuldung aufzubauen.

Zurückblickend hatte die Entscheidung für den Euro keine offenkundige Begründung. Denkbar wäre auch ein gemeinsames Währungssystem gewesen mit einerseits einem variablen Euro für die Beziehungen zum Rest der Welt und andererseits sich anpassenden Währungen im Inneren. In Wirklichkeit wurde der Euro als Disziplinierungsmittel der Länderhaushalte und vor allem der Löhne konzipiert. Da der Rückgriff auf die Abwertung nicht möglich war, blieben die Löhne die einzige Anpassungsvariante.

Dieses System hat jedoch dank der Überschuldung und zumindest am Anfang dank der Abwertung des Euro im Verhältnis zum Dollar mehr recht als schlecht funktioniert. Diese Auswege konnten nicht ewig greifen. Brüchig wurde die ganze Sache mit der deutschen Politik von Lohnsenkungen die ihre Handelsanteile innerhalb der Eurozone vergrößert hat. Selbst wenn die Eurozone insgesamt im Gleichgewicht war, hat sich ein Graben aufgetan zwischen den deutschen Überschüssen und den Defiziten der meisten

anderen Länder. Die Wachstumsraten der Länder der Eurozone haben sich nicht angeglichen, im Gegenteil, sie entwickelten sich weiter auseinander und das seit der Einführung des Euro.

Diese Konfiguration war nicht länger tragbar. Die Krise hat den Prozess der Fragmentierung brutal beschleunigt und die Finanzspekulation hat die dem neoliberalen Europa inhärenten Spannungen ans Licht gebracht. Die Krise hat die Polarisierung der Eurozone in zwei Ländergruppen vertieft. Auf der einen Seite Deutschland, die Niederlande und Österreich mit großen Handelsbilanzüberschüssen und bescheidenen öffentlichen Schulden. Auf der anderen Seite befanden sich die berühmten "PIGS" (Portugal, Italien, Griechenland, Spanien) in einer umgekehrten Situation: starke Defizite in der Handelsbilanz und überdurchschnittlich hohe Haushaltsdefizite. Mit der Krise hat sich die öffentliche Verschuldung überall verstärkt, aber deutlich weniger in der ersten Gruppe der Länder, die ihre Handelsbilanzüberschüsse bewahren. In allen anderen Ländern verschlechtert sich die Situation mit der Explosion der öffentlichen Schulden und einem wachsenden Ungleichgewicht in der Handelsbilanz. In Europa hat die Staatsschuldenkrise die Wendung zur Sparpolitik, die schon vorprogrammiert war, beschleunigt. Die Spekulation gegen Griechenland, dann Irland und Portugal war nur möglich, weil es weder Maßnahmen zur Bankenkontrolle noch zur gegenseitigen Schuldenübernahme auf europäischer Ebene gab. Es sind übrigens die Zentralbanken, die die Munition liefern, indem sie den Banken Geld zu 1% leihen, das daraufhin benutzt wird, um von der Zinserhöhung der Staaten zu profitieren und die Differenz einzustecken. Die öffentliche Verschuldung, die auf die private Verschuldung folgt, verschärft erneut die Finanzkrise. In dieser Hinsicht sind die Pläne zur Rettung des Euro in Wirklichkeit Pläne zur Rettung der europäischen Banken, die einen Großteil der Schuldpapiere der bedrohten Länder besitzen. Die Spekulationsattacken dienen als Argument für ein schnelles Übergehen zu drastischen Sparplänen. Dieser Unsinn kann nur in einer neuen Rezession münden, auch in Deutschland, wo die Exporte in die Schwellenländer die Verluste auf den europäischen Märkten nicht ausgleichen können.

Im Grunde haben die europäischen Regierungen ein einziges Ziel, so schnell als möglich zum business as usual zurückzukehren. Aber dieses Ziel ist nicht mehr erreichbar, weil alles, was bisher dazu gedient hatte, die Widersprüche einer wackelnden Währungsintegration zu verwalten, von der Krise unbrauchbar gemacht wurde. Diese Elemente der Analyse werden heute weitgehend geteilt. Sie führen jedoch zu gegensätzlichen Prognosen und Orientierungen, nämlich entweder zum Zerfall der Eurozone oder zur Neugründung der europäischen Konstruktion.

Für eine Neugründung Europas

Das wesentliche Ziel ist die optimale Befriedigung der sozialen Bedürfnisse. Der Ausgangspunkt ist die Verteilung des Reichtums. Aus kapitalistischer Sicht ergibt sich jedoch der Ausgang aus der Krise über eine Wiederherstellung der Rentabilität, also über einen zusätzlichen Druck auf die Löhne und die Beschäftigung.

Aber es war der auf Kosten der Löhne erhöhte Teil des Nationaleinkommens, der die Finanzblasen genährt hat, und es waren die neoliberalen Gegenreformen, die schon vor dem Ausbruch der Krise die Staatsschulden erhöht haben.

Die Gleichung ist also einfach. Es gibt aus der Krise keinen günstigen Ausgang ohne eine signifikante Veränderung der Einkommensverteilung. Diese Frage steht noch vor der des Wachstums. Sicher wäre ein stärkeres Wachstum günstig für die Beschäftigung und die Löhne (wobei dieses noch unter einem ökologischen Gesichtspunkt zu diskutieren wäre) aber auf jeden Fall kann man nicht auf diese Variable setzen, wenn zur selben Zeit die Verteilung der Einkommen immer ungleicher wird.

Man muss also die Ungleichheiten in die Zange nehmen: auf der einen Seite durch die Erhöhung der gesamten Lohnsumme, auf der anderen Seite durch eine Steuerreform.

Die Anhebung des Lohnniveaus könnte nach einer Regel der Dreiteilung erfolgen. Ein Drittel für die Löhne, ein Drittel für die Sozialabgaben aus den Einkommen und ein Drittel für die Schaffung neuer

Arbeitsplätze durch die Reduzierung der Arbeitszeiten. Diese Steigerung würde zu Lasten der Dividenden erfolgen, die weder eine ökonomische Rechtfertigung noch einen gesellschaftlichen Nutzen haben.

Die Staatsschulden müssten nach und nach reduziert werden, nicht durch einen Einschnitt in die Ausgaben, sondern durch Steuereinnahmen aus allen denjenigen Einkommensquellen, die nach und nach von Steuern befreit wurden. Zunächst müssten die Kosten der Krise von ihren Verursachern übernommen werden, das heißt sie müssten zum großen Teil gestrichen und die Banken verstaatlicht werden.

Die Arbeitslosigkeit und die prekären Arbeitsverhältnisse waren schon die schwerwiegendsten sozialen Mängel dieses Systems und die Krise verschärft sie umso mehr, als die Sparpläne die Existenzbedingungen der Ärmsten noch mehr beschneiden werden. Hier kann ein hypothetisches Wachstum nicht als Königsweg betrachtet werden. Mehr zu produzieren, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen? Das heißt die Dinge auf den Kopf stellen. Hier muss ein völliger Perspektivenwechsel vorgenommen werden und die Schaffung nützlicher Arbeitsplätze als Ausgangspunkt genommen werden. Egal ob durch Reduzierung der Arbeitszeiten im Privatsektor oder durch die Schaffung neuer Stellen in Verwaltungen, öffentlichem Dienst und im Gemeinwesen, man muss von den Bedürfnissen ausgehen und verstehen, dass es die Arbeitsplätze sind, die den Reichtum (nicht unbedingt im Sinne von Handelsgütern) erzeugen. Und das erlaubt eine Brücke zu bauen zu den Umweltproblemen: Vorrang für die freie Zeit und die Schaffung nützlicher Arbeitsplätze sind zwei wesentliche Elemente eines jeden Programms des Kampfes gegen den Klimawandel.

Die Frage der Einkommensverteilung ist somit ein guter Anknüpfungspunkt für das einfache Prinzip: "Wir bezahlen nicht für ihre Krise". Das hat nichts zu tun mit einer "Wiederbelebung der Wirtschaft durch höhere Löhne", sondern mit der Verteidigung der Löhne und der Arbeitsplätze sowie der sozialen Rechte, über die es keine Diskussion geben dürfte. Man kann dann zusätzlich den Begriff der Kontrolle einführen: Kontrolle über das, was mit den Profiten geschieht (z.B. Dividende ausschütten oder Arbeitsplätze schaffen); Kontrolle über die Verwendung der Steuern (z.B. Subventionierung der Banken oder Finanzierung der öffentlichen Dienste). Die Herausforderung besteht in dem Übergang von der Verteidigung zur Kontrolle und nur dieser Über-

gang erlaubt es, dass der Privatbesitz an Produktionsmitteln massenhaft in Frage wird – das führt zum wirklichen Antikapitalismus.

Wie Özlem Onaran gut zusammenfasst: "Ein Konsens entsteht zwischen den europäischen antikapitalistischen Kräften über eine Strategie, die auf vier Pfeilern ruht: 1) Widerstand gegen die Sparpolitik; 2) radikale Steuerreform und Kontrolle der Kapitalströme; 3) Verstaatlichung/Vergesellschaftung der Banken unter demokratischer Kontrolle; 4) Schuldenprüfung unter demokratischer Kontrolle gefolgt von eventuellen Schuldenstreichungen".

Raus aus dem Euro?

Welchen Vorteil hätte ein Euro-Ausstieg? Das Hauptargument ist, dass er eine Abwertung der neuen Währung ermöglichen würde, wodurch die Wettbewerbsfähigkeit des betreffenden Landes wieder hergestellt würde. Ein Euro-Ausstieg würde der nationalen Zentralbank erneut die Möglichkeit geben, Geld in Umlauf zu bringen, um das Defizit des Landes anders zu finanzieren. Die größten Optimisten sehen darin eine Möglichkeit, die Wirtschaft zu re-industrialisieren, ein höheres Wachstum zu erreichen und Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Fusion der nationalen Währungen innerhalb des Euro hat dazu geführt, dass eine wichtige Anpassungsvariable, der Wechselkurs, wegfiel. Die Länder, deren preisliche Wettbewerbsfähigkeit sinkt, haben im gegenwärtigen europäischen Rahmen keine andere Möglichkeit als die Lohnbremse und die Flucht nach vorn in die Verschuldung. Das stimmt, ändert aber nichts daran, dass das Szenario des Euro-Ausstiegs in sich nicht schlüssig ist.

Der Euro-Ausstieg würde die Schuldenfrage in keinsten Weise lösen, würde sie im Gegenteil verschlimmern: die Schulden gegenüber dem Ausland würden sofort um den Abwertungskurs erhöht. Die Umschuldung müsste also auf jeden Fall vor dem Euro-Ausstieg passieren.

Die Rückkehr zu einer nationalen Währung bedeutet für die Länder mit hohem Außenhandelsdefizit, dass sie direkt einer Währungsspekulation ausgesetzt sind. Die Zugehörigkeit zum Euro hatte wenigstens den Vorteil, dass die Länder vor diesen spekulativen Attacken geschützt waren: so hatte das Handelsdefizit Spaniens bis zu 9% des BIP erreicht, ohne dass sich

das offensichtlich auf „seine“ Währung ausgewirkt hätte.

Durch eine Abwertung werden die Produkte eines Landes wettbewerbsfähiger, zumindest gegenüber den Ländern, die nicht abwerten. Es wäre also nötig, dass der Euro-Ausstieg sich nur auf eine kleine Zahl von Ländern bezieht. Es ist also eine nationale, nicht kooperative Lösung, bei der ein Land versucht, Marktanteile gegenüber seinen Handelspartnern zu gewinnen. Außerdem lässt eine Abwertung die Importpreise ansteigen, die sich auf die interne Inflationsrate niederschlagen und die Wettbewerbsgewinne bei den Exportpreisen teilweise zunichte machen können. Der Wirtschaftswissenschaftler Jacques Sapir, der einen Plan zum Euro-Ausstieg für Frankreich erstellt hat, bekennt, dass die Inflation „regelmäßige Abwertungen (jedes Jahr oder alle 18 Monate) nötig machen wird“, um den realen Wechselkurs konstant zu halten. Das bedeutet, dass eine endlose Inflations-Abwertungsschleife akzeptiert wird. Die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes beruht auf materiellen Elementen: Produktivitätsgewinn, Innovation, industrielle Spezialisierung usw. Wenn man glaubt, dass eine Manipulation der Wechselkurse ausreicht, um die Wettbewerbsfähigkeit ausreichend zu sichern, so täuscht man sich sehr.

Daher ist es nicht verwunderlich, dass es kaum eine Abwertung gibt, die sich nicht in gesteigerten Sparmaßnahmen niederschlägt und sich schließlich auf die Arbeitnehmer auswirkt. Damit die Abwertung dazu führt, dass eine andere Einkommensverteilung und eine andere Form von Wachstum stattfinden, wäre eine **tief greifende Veränderung des sozialen Kräfteverhältnisses nötig**. Wenn man den Euro-Ausstieg zur Vorbedingung macht, so bedeutet das, dass die Prioritäten zwischen gesellschaftlicher Veränderung und Wechselkurs umgekehrt werden. Das ist eine sehr gefährliche Verschiebung. In seinem Text unterstreicht Jacques Sapir, dass die „neue Währung dann in die Veränderungen der makroökonomischen und institutionellen Politik eingefügt werden müsste (...), wenn man möchte, dass sie alle erwarteten Wirkungen zeigt“. Unter diesen Veränderungen nennt er Gehaltsangleichungen, die Sicherung der sozialen Systeme, eine strenge Kontrolle des Kapitals, die Kontrolle über die Banque de France, die staatliche Kontrolle der Banken und der Versicherungen. Aber alle diese Maßnahmen müssten durchgesetzt werden, bevor man überhaupt einen Euro-Ausstieg plant.

Eine Regierung, der es um gesellschaftliche Veränderung geht, würde übrigens einen gravierenden strategischen Fehler begehen, wenn sie zuerst aus dem Euro aussteigen würde, denn sie würde sich allen Vergeltungsmaßnahmen ausliefern.

Politisch besteht eine große Gefahr, die rechtspopulistischen Programme von der Linken her zu legitimieren. In Frankreich macht die „Front National“ den Euroausstieg zu einer Achse seiner Politik. Sie knüpft an eine national-sozialistische Denkweise an, der zufolge der fremdenfeindliche Diskurs mit einer Lesart kombiniert wird, wonach die europäische Integration die einzige Quelle aller wirtschaftlichen und sozialen Übel ist.

Darum geht es letztlich. Die neoliberale Globalisierung und europäische Integration verstärken das Kräfteverhältnis zugunsten des Kapitals. Aber man darf das nicht als einzige Ursache sehen, so als könnte sich eine bessere Verteilung des Reichtums spontan innerhalb eines Landes vollziehen, unter der einzigen Bedingung, dass man protektionistische Maßnahmen ergreift. Im Grunde ist es ein fundamentaler **Analysefehler, glauben zu machen, dass der Euro-Ausstieg per se das Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiter verbessern könnte**. Es genügt doch das Beispiel Britannien zu betrachten: das Pfund Sterling gehört nicht zum Euro und dennoch ist die Bevölkerung nicht vor einem Sparplan sicher, der einer der brutalsten in Europa ist.

Die Befürworter des Euro-Ausstiegs bringen ein anderes Argument vor: der Euro-Ausstieg sei eine Sofortmaßnahme, die man relativ leicht ergreifen könne, während die Aussicht auf eine Neugründung Europas in weiter Ferne sei. Dieses Argument übersieht die Möglichkeit einer Strategie des Bruches, die nicht voraussetzt, dass sie gleichzeitig in allen europäischen Ländern zum Einsatz kommt.

Für eine Strategie des Bruchs und der Erweiterung

Anscheinend gibt es also nur die Wahl zwischen einem gefährlichen Abenteuer und einer utopischen Harmonisierung. Die politische Hauptaufgabe ist nun, einen Ausweg aus dem Dilemma zu finden. Um eine Lösung zu finden, muss man zwischen Zweck und Mitteln unterscheiden können. Das Ziel einer Politik zur gesellschaftlichen Umwälzung ist wie gesagt die Sicherung eines angemessenen

Lebensstandards für alle Bürger in allen Bereichen (Beschäftigung, Gesundheit, Rente, Wohnung usw.). Die erste Hürde ist die Verteilung der Einkommen. Diese müssen schon an der Quelle (Profit und Löhnen) und durch Steuern verändert werden. Daher müssen eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt werden, die zur Senkung der Einnahmen aus Finanzgeschäften und zu einer radikalen Steuerreform führen. Das erfordert eine Kritik an den Interessen der privilegierten Schicht und die Konfrontation findet vor allem auf nationaler Ebene statt. Die Trümpfe der Herrschenden und die möglichen Vergeltungsmaßnahmen überschreiten jedoch den nationalen Rahmen. Hier werden sofort der Wettbewerbsverlust, die Kapitalflucht und der Bruch mit den europäischen Regeln als Vorwand angebracht.

Die einzige mögliche Strategie muss sich auf die Legitimität fortschrittlicher Lösungen stützen, wobei sich die Legitimität aus dem äußerst **kooperativen Charakter solcher Lösungen** ergibt. Alle neoliberalen Empfehlungen laufen am Ende auf die Suche nach Wettbewerbsfähigkeit hinaus: Man muss die Löhne und „Belastungen“ senken, um am Ende Marktanteile zu gewinnen. Da das Wachstum wegen der Krise in Europa in der kommenden Zeit schwach sein wird, bleibt als einziges Mittel, um Arbeitsplätze zu schaffen, sie von den Nachbarländern zu nehmen, dies umso mehr als der Großteil des Außenhandels europäischer Länder sich innerhalb Europas abspielt. Das gilt selbst für Deutschland (das mit China auf Platz eins oder zwei der weltweiten Exporte steht), das bei der Ankurbelung von Wachstum und Beschäftigung nicht nur auf die Schwellenländer zählen kann. **Die neoliberalen Wege aus der Krise sind also von Natur aus nicht kooperativ. Denn man kann nur gegen die anderen gewinnen und das ist eben die Ursache für die Krise in der Konstruktion Europas**

Die fortschrittlichen Lösungen sind jedoch kooperativ. Je mehr Länder einbezogen werden, desto besser funktionieren sie. Würden alle europäischen Länder die Arbeitszeit verkürzen und Kapitalerträge besteuern, könnten durch diese Koordination die zu erwartenden Gegenschläge verhindert werden, mit denen eine solche politische Strategie rechnen müsste, wenn sie nur in einem Land durchgesetzt würde.

Es muss also der Weg einer Erweiterungsstrategie geklärt werden, die von

einer echten linken Regierung verfolgt werden kann:

1. Man führt im Alleingang die „richtigen“ Maßnahmen durch (z. B. die Besteuerung von Finanztransaktionen)
2. Dazu kommen Schutzmaßnahmen (z. B. eine Kontrolle des Kapitals)
3. Man nimmt das politische Risiko auf sich, gegen die europäischen Regeln zu verstoßen
4. Man schlägt vor, diese zu verändern, indem die durchgeführten Maßnahmen auf europäische Ebene ausgeweitet werden.
5. Man schließt die Kraftprobe nicht aus und man droht mit dem Austritt aus dem Euro.

Dieses Schema berücksichtigt die Tatsache, dass man zur Durchführung einer «guten» Politik nicht auf die Schaffung eines "guten" Europas warten kann. Den Vergeltungsmaßnahmen aller Art müssen mit Maßnahmen, die tatsächlich aus dem Arsenal des Protektionismus stammen, vorgebeugt werden. Aber es geht dabei nicht um einen Protektionismus im gewöhnlichen Sinne des Begriffs, denn **dieser Protektionismus schützt eine gesellschaftliche Transformation** und nicht die Interessen der Kapitalisten eines Landes gegen die Konkurrenz der anderen. Das ist also ein Protektionismus, der verschwindet, sobald die "guten" Maßnahmen verallgemeinert sind.

Der Bruch mit den europäischen Regeln erfolgt nicht über eine Grundsatzklärung sondern ausgehend von einer richtigen und legitimen Maßnahme, die den Interessen der größten Anzahl entspricht und die vorgeschlagen wird als Weg, dem die Nachbarländer folgen können. Diese Hoffnung auf den Wechsel erlaubt es, sich auf eine gesellschaftliche Mobilisierung in den anderen Ländern zu stützen und so ein Kräfteverhältnis zu schaffen, das auf den europäischen Institutionen Druck ausüben kann. Die jüngste Erfahrung mit dem Euro-Rettungsplan hat im übrigen gezeigt, dass es nicht nötig ist, die Verträge zu ändern, um eine gewisse Anzahl ihrer Vorschriften zu übergehen.

Der Ausstieg aus dem Euro ist in diesem Vorhaben keine Voraussetzung, es ist im Gegenteil eine Waffe, die als letzter Notnagel zu gebrauchen ist. Der Bruch sollte eher über zwei Punkte erfolgen, die es erlauben könnten, einen Handlungsspielraum zu schaffen: Verstaatlichung der Banken und Annullierung der Schulden.

Bruch und Neugründung

Der erste Stützpfiler ist die Fähigkeit, den Kapitalinteressen zu schaden: das innovierende Land kann seine Schulden restrukturieren, ausländisches Kapital verstaatlichen oder drohen es zu tun. Selbst im Falle eines kleinen Landes ist die Fähigkeit zur Gegenwehr beachtlich, angesichts der Verflechtung der Ökonomien und der Finanzmärkte. Viele könnten dabei verlieren, zum Beispiel die europäischen Banken im Falle Griechenlands. Anstatt sich vor der Finanzwelt hinzulegen, hätte **Papandreou** eine Kraftprobe suchen und sagen können: "Griechenland kann nicht bezahlen, wir müssen verhandeln". Das hatte **Argentinien** gemacht, indem es 2001 seine Schulden suspendiert hatte und eine Neuverhandlung seiner Schulden durchgesetzt hatte.

Aber der wichtigste Stützpfiler würde im kooperativen Charakter der getroffenen Maßnahmen liegen. Es ist ein enormer Unterschied zum klassischen Protektionismus, der nur seinen Vorteil sucht, indem er seinen Konkurrenten Marktanteile wegschnappt. Alle fortschrittlichen Maßnahmen sind dagegen umso wirksamer je mehr sie in einer großen Anzahl von Ländern verallgemeinert werden. Man müsste hier von einer Strategie der Erweiterung sprechen, die sich auf folgenden Diskurs stützt: "Wir bestätigen unseren Willen, das Kapital zu besteuern und wir unternehmen entsprechende Schutzmaßnahmen. Das gilt nur solange, bis diese Maßnahme, wie wir sie vorschlagen, auf ganz Europa ausgedehnt sein wird". **Im Namen eines anderen Europa würde also der Bruch mit dem real existierenden Europa vollzogen werden.** Anstatt also den Bruch mit dem neoliberalen Europa und das Projekt einer europäischen Neugründung gegenüberzustellen muss man über die Übergänge zwischen ihnen nachdenken.

Das Projekt und die Kräfteverhältnisse.

Ein Programm, das nur zum Ziel hätte, Randerscheinungen des Systems zu regulieren, wäre nicht nur unterdimensioniert, sondern auch wenig mobilisierend. Umgekehrt könnte eine radikale Perspektive es riskieren, dass man sich von der Größe der Aufgabe entmutigen lässt. Es geht also darum, den optimalen Grad der Radikalität zu bestimmen. Die Schwierigkeit besteht nicht darin, technische Maßnahmen auszuarbeiten: das ist natürlich notwendig und das ist eine schon weit fortgeschrittene Arbeit, aber keine noch so geschickte Maßnahme kann die Konfrontation zwischen den widersprüchlichen gesellschaftlichen Interessen umgehen.

Was die **Banken** betrifft, reicht das Spektrum von vollständiger Verstaatlichung bis hin zur Regulierung – dazwischen werden Vorschläge über die Errichtung eines öffentlichen Finanzsektors oder die Einrichtung einer sehr engen Regulation gemacht.

Was **die öffentlichen Schulden** angeht, sie können annulliert, suspendiert oder neu ausgehandelt werden.

Die völlige Verstaatlichung der Banken und die Annullierung der öffentlichen Schulden sind legitime Maßnahmen und ökonomisch durchführbar, aber sie können außerhalb der Reichweite scheitern angesichts des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses. Hier ist die wirkliche Debatte angesiedelt: was sind im Sinne der Radikalität die Vorschläge, die am besten mobilisieren können? Diese Debatte lässt sich nicht von Ökonomen entscheiden und deshalb war es das Ziel dieses Artikels, nicht so sehr eine Reihe von Maßnahmen vorzuschlagen, sondern viel mehr Methodenfragen aufzuwerfen und die Notwendigkeit von drei unumgänglichen Bestandteilen eines Auswegs aus der Krise zu unterstreichen:

1. eine radikale Veränderung in der Verteilung der Einkommen.
2. Eine massive Reduzierung der Arbeitszeit.
3. Ein Bruch mit der kapitalistischen Weltordnung beginnend mit dem real existierenden Europa.

Die Debatte kann nicht eingezwängt werden in einer Gegenüberstellung von anti-neoliberal und antikapitalistisch. Diese Unterscheidung hat natürlich einen Sinn, je nachdem ob die Beseitigung des Finanzkapitalismus oder die des Kapitalismus angestrebt wird. Aber diese Spannung sollte nicht verhindern, **einen langen Weg gemeinsam zu gehen** und dabei diese Debatte weiterzuführen. Grundlage für das « gemeinsame Programm » könnte **der Wille sein, dem Kapitalismus andere Regeln aufzuzwingen.** Und das ist auch die Trennungslinie zwischen der radikalen Linken, die den Bruch wollen, und den Sozialliberalen, die nur begleiten wollen. Auf jeden Fall besteht die vorrangige Aufgabe für die radikale Linke heute darin, einen gemeinsamen europäischen Horizont zu konstruieren als Grundlage für einen wirklichen Internationalismus.

1. Özlem Onaran, «An internationalist transitional program towards an anti-capitalist Europe», International Viewpoint. n°435, April 2011.

<http://internationalviewpoint.org/spip.php?article2096> [7]

2. Jacques Sapir, S'il faut sortir de l'euro, document de travail, 6 avril 2011: <http://gesd.free.fr/sapirsil.pdf> [8]

<http://www.france.attac.org/articles/euro-en-sortir-ou-pas>

Übersetzung: *cooridtrad* (Bruno NIESER, Barbara KRATKY, Christiane KRUEGER), SiG-Redaktion

Michel Husson ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac Frankreich. <http://hussonet.free.fr>